

ÄNDERUNGSANTRAG

der Fraktion der FDP

zu der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses (4. Ausschuss)
- Drucksache 8/804 -

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 8/600 -

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 (Haushaltsgesetz 2022/2023)

und der Unterrichtung durch die Landesregierung
- Drucksache 8/598 -

Mittelfristige Finanzplanung des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung

hier: **Einzelplan 04**
**Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres,
Bau und Digitalisierung**

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, 40 Sonderdienststellen für Ruhestandsverlängerer bei der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern zu schaffen.

René Domke und Fraktion

Begründung:

Im Zeitraum von 2022 bis 2025 werden insgesamt rund 788 altersbedingte Abgänge bei der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern zu verzeichnen sein.

Von der durch das Gesetz eingeräumten Möglichkeit, mit Erreichen des Pensionsalters den Eintritt in den altersbedingten Ruhestand, um maximal drei Jahre zu verlängern, machen jährlich circa 30 bis 40 Beamtinnen und Beamte Gebrauch. Dies bietet zwar einerseits den Vorteil, dass Erfahrungswissen länger erhalten bleibt beziehungsweise an junge Beamtinnen und Beamten weitergegeben werden kann. Die Kehrseite ist, dass aufgrund fehlender Stellmöglichkeiten weniger Anwärterinnen und Anwärter für den gehobenen Dienst eingestellt werden können. Die Schaffung von zusätzlichen Sonderdienststellen für Ruhestandsverlängerer wurde bei der Anhörung im Innenausschuss von allen Anzuhörenden begrüßt. Insbesondere äußerte der Inspekteur der Polizei, dass dies ein deutliches Signal bezogen auf mehr Möglichkeiten innerhalb der Organisation böte.